

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 31. Januar 1983

**zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer
zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert**

A. Zielsetzung

Bau einer Grenzbrücke über die Sauer im Zuge der Straßenverbindung Koblenz – Trier – Luxemburg.

B. Lösung

Abschluß des Abkommens vom 31. Januar 1983, in dem die Bundesrepublik Deutschland und das Großherzogtum Luxemburg den Bau einer Straßenbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur auf deutschem Hoheitsgebiet und Mertert auf luxemburgischem Hoheitsgebiet vereinbart haben.

Mit dem Vertragsgesetz werden die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation dieses Abkommens geschaffen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Bauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1983 auf rd. 57 Mio DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Die anteiligen Verwaltungskosten trägt das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (34) – 971 06 – Ab 7/84

Bonn, den 1. März 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 31. Januar 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert mit Begründung und Vorblatt.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und französischer Sprache sowie die Denkschrift hierzu sind beigelegt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Verkehr.

Der Bundesrat hat in seiner 532. Sitzung am 24. Februar 1984 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Kohl

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 31. Januar 1983
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer
zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Luxemburg am 31. Januar 1983 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts auf die in Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Umsätze und Warenbewegungen sind die als deutsches Hoheitsgebiet gel-

tende Baustelle und das Bauwerk als Erhebungs- und Zollgebiet anzusehen.

(2) Die in Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens vorgesehenen steuerlichen Bestimmungen sind mit Wirkung vom 1. Januar 1983 anzuwenden.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Abkommen Steuern berührt, deren Aufkommen den Ländern und Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Nach Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens gelten die Baustelle und das Bauwerk hinsichtlich der indirekten Steuern als deutsches Hoheitsgebiet. Artikel 2 Abs. 1 des Vertragsgesetzes stellt klar, daß die Baustelle und das Bauwerk für die Anwendung des deutschen Umsatzsteuer- und Verbrauchsteuerrechts als Erhebungs- und Zollgebiet gelten.

Artikel 2 Abs. 2 des Vertragsgesetzes sieht vor, daß Artikel 8 Abs. 1 des Abkommens mit Wirkung vom 1. Januar 1983 anzuwenden ist. Um eine baldige Inbetriebnahme der Brücke zu ermöglichen, wurde mit dem Bau der Brücke bereits Anfang 1983 begonnen. Hierüber haben sich der Bundesminister für Verkehr und der luxemburgische Minister für öffentliche Arbeiten in einem Briefwechsel verständigt. Dementsprechend werden die steuerlichen Bestimmungen des Abkommens – vorbehaltlich seines Inkrafttretens – im Verwaltungswege bereits ab Baubeginn angewendet.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 12 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Der auf die Bundesrepublik Deutschland entfallende Kostenanteil für die Ausführung des Bauwerks (Straßenbrücke im Zuge einer Bundesfernstraße) wird nach Kostenstand 1983 auf rd. 57 Millionen DM geschätzt; er wird vom Bund als Baulastträger aus den Mitteln des Straßenbauplans getragen. Die anteiligen Verwaltungskosten trägt das Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Auftragsverwaltung (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Im übrigen werden Bund, Länder und Gemeinden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Bei dem Vorhaben handelt es sich um ein weiteres Bindeglied in einem Verkehrsnetz, das weiträumigen Zielen dient. Davon sind keine Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, zu erwarten; entsprechendes gilt für das Abkommen.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Großherzogtum Luxemburg
über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke
über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert**

**Convention
entre le Grand-Duché de Luxembourg
et la République fédérale d'Allemagne
concernant la construction et l'entretien d'un pont frontalier
sur la Sûre entre les communes de Mertert et Langsur**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Großherzogtum Luxemburg –

von dem Wunsch geleitet, den Straßenverkehr zwischen den beiden Staaten und den Durchgangsverkehr durch ihre Hoheitsgebiete zu erleichtern –

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1
Gegenstand des Abkommens**

Zwischen den Geländen der Gemeinden Langsur auf deutschem Hoheitsgebiet und Mertert auf luxemburgischem Hoheitsgebiet wird über die Sauer eine Grenzbrücke (im Zuge der Straßenverbindung Koblenz – Trier – Luxemburg) gebaut.

**Artikel 2
Baudurchführung**

(1) Für das Brückenbauwerk übernimmt die Bundesrepublik Deutschland die Planung, die Ausschreibung, die Auftragsvergabe, die Bauüberwachung und die Abrechnung.

(2) Der Entwurf des Brückenbauwerks wird auf der Grundlage des von der Straßenverwaltung Rheinland-Pfalz in Koblenz aufgestellten und mit Datum vom 11. Juni 1971 vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr des Bundeslands Rheinland-Pfalz genehmigten RE-Vorentwurfs (Entwurf nach den Richtlinien für die Entwurfsgestaltung im Straßenbau) des Abschnitts der Autobahn Koblenz – Trier – Luxemburg von der deutschen Bundesstraße B 51 bis zur Grenze im Einvernehmen mit der zuständigen Straßenbauverwaltung des Großherzogtums Luxemburg gefertigt.

**Artikel 3
Kosten**

(1) Die Vertragsstaaten tragen anteilmäßig die Kosten des Brückenbauwerks und die Verwaltungskosten (wie z. B. Kosten der Planung, Ausschreibung, Auftragsvergabe, Bauüberwachung, Abrechnung). Die Kostenanteile berechnen sich nach dem Verhältnis der Längen der Brückenteile auf dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke über gemeinschaftlichem Hoheitsgebiet. Bei der Kostenaufteilung werden die Verwaltungskosten in Höhe von 10 vom Hundert der Baukosten berücksichtigt.

(2) Bei der Aufteilung der Bau- und Verwaltungskosten ist die deutsche Umsatzsteuer, die in den bezeichneten Kosten

Le Grand-Duché de Luxembourg
et
la République fédérale d'Allemagne,

désireux de faciliter la circulation routière entre les deux Etats ainsi que la circulation de transit à travers leurs territoires respectifs,

sont convenus de ce qui suit:

**Article 1^{er}
Objet de la Convention**

Il est procédé à la construction d'un pont frontalier sur la Sûre (dans le contexte de l'axe routier Coblenz – Trèves – Luxembourg) entre les terrains des communes de Mertert en territoire luxembourgeois et de Langsur en territoire allemand.

**Article 2
Exécution des travaux**

(1) La République fédérale d'Allemagne se charge de l'étude du projet, de l'adjudication, de la passation du marché, de la surveillance des travaux de construction et du décompte.

(2) Le projet du pont à construire sera établi sur la base de l'avant-projet RE (projet conforme aux directives concernant l'élaboration de projets de construction de routes) élaboré par l'administration des routes de Rhénanie-Palatinat à Coblenz et approuvé par le Ministère de l'Economie et des Transports du Land fédéral de Rhénanie-Palatinat le 11 juin 1971, relatif au tracé de l'autoroute Coblenz – Trèves – Luxembourg, qui s'étend de la route fédérale allemande B 51 à la frontière, en accord avec l'Administration des Ponts et Chaussées du Grand-Duché de Luxembourg compétente en la matière.

**Article 3
Frais**

(1) Les frais de la construction du pont et les frais d'administration y relatifs (tels que frais d'études, d'adjudication, de passation du marché, de surveillance des travaux de construction, de décompte) sont répartis entre les Etats contractants, proportionnellement à la longueur des parties du pont se trouvant sur les territoires respectifs sous souveraineté exclusive plus la moitié de la longueur du pont se trouvant sur le territoire sous souveraineté commune. Lors de la répartition des frais, les frais d'administration sont mis en compte à raison de 10 pour cent du coût de construction.

(2) Lors de la répartition des frais de construction et d'administration, la taxe allemande sur la valeur ajoutée, comprise

enthalten ist, nicht zu berücksichtigen. Diese Steuer wird allein von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

Artikel 4 Zahlung

(1) Das Großherzogtum Luxemburg erstattet der Bundesrepublik Deutschland den von ihm zu tragenden Anteil der Abschlagszahlungen, die entsprechend dem Baufortschritt den Auftragnehmern geleistet werden.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Großherzogtum Luxemburg zwei Monate im voraus den geschätzten Bedarf an Betriebsmitteln für die Abschlagszahlungen mitteilen und es dabei über den Stand der Ausgaben durch Übersichten unterrichten, in welchen die Höhe und der Zeitpunkt der Auszahlungen ausgewiesen werden.

(3) Das Großherzogtum Luxemburg zahlt den Rest seines Kostenanteils nach Abnahme und Abrechnung.

(4) Alle Zahlungen erfolgen in Deutscher Mark.

(5) Bei Meinungsverschiedenheiten können die unstreitigen Beträge nicht zurückgehalten werden.

(6) Das Großherzogtum Luxemburg erhält Zweitstücke der Bauverträge, Bestellurkunden und festgestellten Abrechnungsunterlagen.

Artikel 5 Grunderwerb

Jeder Vertragsstaat hat dafür zu sorgen, daß in seinem Hoheitsgebiet das für den Bau der Brücke dauernd oder zeitweilig erforderliche Gelände rechtzeitig zur Verfügung steht, und trägt die dabei anfallenden Kosten.

Artikel 6 Abnahme und Unterhaltung

(1) Nach Abschluß der Bauarbeiten wird die Brücke von den zuständigen Verwaltungen der beiden Vertragsstaaten in Anwesenheit der Unternehmer abgenommen.

(2) Die Unterhaltung des Brückenbauwerks wird von der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Die Grenze der Unterhaltung ist das Brückenwiderlager auf luxemburgischer Seite.

(3) Die Unterhaltung umfaßt auch Beleuchtung, Winterdienst und laufende Reinigung der Brücke.

(4) Die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen sowie deren Umfang werden von Fall zu Fall in Abstimmung mit der Straßenbauverwaltung des Großherzogtums Luxemburg festgelegt. Dies gilt nicht für Maßnahmen der in Absatz 3 genannten Art.

(5) Die Kosten der Unterhaltung werden entsprechend den Grundsätzen des Artikels 3 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg aufgeteilt.

Artikel 7 Betretungsrecht

(1) Die mit dem Bau oder der Unterhaltung der Brücke einschließlich der Beleuchtung, des Winterdienstes und der laufenden Reinigung beauftragten Beschäftigten jedes Vertragsstaats wie auch alle anderen am Bau oder an der Unterhaltung beteiligten Personen dürfen zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben die Grenze überschreiten und sich auf dem Teil der Baustelle oder der Brücke aufhalten, der im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats liegt, ohne daß sie dafür einer nach dessen Recht etwa erforderlichen Aufenthaltserlaubnis bedürfen.

dans lesdits frais, n'est pas à prendre en considération. Cette taxe est uniquement à charge de la République fédérale d'Allemagne.

Article 4 Paiement

(1) Le Grand-Duché de Luxembourg rembourse à la République fédérale d'Allemagne sa part aux acomptes payés aux commissionnaires au fur et à mesure de l'avancement des travaux.

(2) La République fédérale d'Allemagne communique, deux mois à l'avance, au Grand-Duché de Luxembourg le montant des fonds estimés nécessaires pour le paiement des acomptes et l'informe en même temps de l'état des dépenses moyennant des relevés mentionnant le montant et l'échéance des acomptes.

(3) Le Grand-Duché de Luxembourg règle le solde de sa quote-part après réception de l'ouvrage et établissement du décompte.

(4) Tous les paiements se font en «Deutsche Mark».

(5) En cas de divergences, les montants non contestés ne peuvent pas être retenus.

(6) Le Grand-Duché de Luxembourg reçoit les doubles des contrats de construction, des bordereaux de commandes ainsi que des décomptes arrêtés.

Article 5 Acquisition de terrain

Chaque Etat contractant veille à ce que les terrains situés sur son territoire et nécessaires à la construction du pont à titre temporaire ou définitif soient disponibles en temps voulu, et supporte les frais correspondants.

Article 6 Réception et entretien

(1) Après l'achèvement des travaux de construction, la réception du pont se fait par les administrations compétentes des deux Etats contractants, en présence des entrepreneurs.

(2) La République fédérale d'Allemagne se charge de l'entretien de l'ouvrage. La limite de cet entretien est la culée du pont du côté luxembourgeois.

(3) L'entretien du pont comprend l'éclairage, le service d'hiver et le nettoyage courant.

(4) Les mesures d'entretien nécessaires, ainsi que leur envergure sont arrêtées de cas en cas en concertation avec l'Administration des Ponts et Chaussées du Grand-Duché de Luxembourg. Cette disposition n'est pas applicable aux mesures prévues à l'alinéa (3).

(5) Les frais d'entretien sont répartis entre le Grand-Duché de Luxembourg et la République fédérale d'Allemagne, conformément aux principes énoncés à l'article 3.

Article 7 Droit d'accès

(1) Les personnes chargées par chaque Etat contractant des travaux de construction ou d'entretien du pont, y compris l'éclairage, le service d'hiver et le nettoyage courant, ainsi que toutes les autres personnes participant à la construction ou à l'entretien peuvent, pour l'exécution de leurs tâches, franchir la frontière et séjourner sur la partie du chantier ou du pont se trouvant sur le territoire de l'autre Etat contractant, sans pour autant avoir besoin d'une autorisation de séjour éventuellement exigée par la législation de cet Etat.

(2) Die in Absatz 1 genannten Beschäftigten und die anderen im gleichen Absatz genannten Personen müssen einen Nationalpaß oder einen mit Lichtbild versehenen amtlichen Personalausweis mit sich führen. Wenn sie nicht die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaften besitzen, müssen sie außerdem die Aufenthaltserlaubnis des Vertragsstaats mit sich führen, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

(3) Außer den in Absatz 2 genannten Papieren müssen die in Absatz 1 genannten Beschäftigten einen Dienstausweis, die anderen im gleichen Absatz genannten Personen eine Bescheinigung des sie beschäftigenden Unternehmens mit sich führen, aus der hervorgeht, daß sie an den Arbeiten beteiligt sind.

(4) Jeder der Vertragsstaaten wird Personen, die unter Verletzung dieses Abkommens in das Hoheitsgebiet des anderen Staates gelangt sind, jederzeit nach den zwischen ihnen getroffenen Vereinbarungen formlos zurückübernehmen.

Artikel 8 **Steuerliche Bestimmungen**

(1) Die Baustelle und das Bauwerk gelten hinsichtlich der indirekten Steuern einschließlich der Eingangsabgaben und hinsichtlich des Ein- und Ausfuhrrechts als deutsches Hoheitsgebiet, soweit es sich um Lieferungen und Einfuhren von Gegenständen und um sonstige Leistungen handelt, die für den Bau der Brücke oder für ihre Unterhaltung nach Artikel 6 bestimmt sind.

(2) Für Waren, die aus dem freien Verkehr des Großherzogtums Luxemburg stammen, wird bei der Einfuhr in die Bundesrepublik Deutschland Einfuhrumsatzsteuer nicht erhoben, soweit die Waren zum Bau oder zur Unterhaltung der Brücke verwendet werden. Dies gilt von Baubeginn an. Sicherheiten werden nicht verlangt. Satz 1 gilt nicht bei der Einfuhr von Waren für die öffentlichen Bauverwaltungen.

(3) Die zum Bau oder zur Unterhaltung der Brücke erforderlichen Waren unterliegen bei ihrer Einfuhr und Ausfuhr keinen Verboten und Beschränkungen.

(4) Die zuständigen Steuer- und Zollbehörden verständigen sich und leisten einander jede notwendige Unterstützung bei der Anwendung ihrer Rechts- und Verwaltungsvorschriften im Rahmen der Bestimmungen der Absätze 1 bis 3. Die deutschen Beamten dieser Behörden sind berechtigt, sich auf der gesamten Baustelle und dem gesamten Bauwerk aufzuhalten und dort die Maßnahmen zu treffen, die in den deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehen sind. Die deutschen Behörden sind jedoch nicht berechtigt, luxemburgische Staatsangehörige im Hoheitsgebiet des Großherzogtums Luxemburg festzunehmen.

(5) Von diesem Abkommen unberührt bleibt das Abkommen vom 23. August 1958 zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und Grundsteuern und das Ergänzungsprotokoll vom 15. Juni 1973 zur Änderung des Abkommens vom 23. August 1958.

Artikel 9 **Technische Kommission**

(1) Es wird eine deutsch-luxemburgische Technische Kommission gebildet. Den Vorsitz in der Kommission führen die

(2) Les personnes affectées aux travaux et qui sont mentionnées à l'alinéa (1), ainsi que les autres personnes mentionnées au même alinéa doivent être porteur d'un passeport national ou d'une carte d'identité officielle munie d'une photographie. Si ces personnes ne sont pas ressortissantes d'un pays membre des Communautés Européennes, elles doivent en plus être porteur de l'autorisation de séjour de l'Etat contractant dans lequel elles ont leur domicile.

(3) Outre les pièces évoquées à l'alinéa (2), les personnes affectées aux travaux et mentionnées à l'alinéa (1), doivent être porteur d'une carte de service. Les autres personnes mentionnées au même alinéa doivent être porteur d'une attestation délivrée par l'entreprise auprès de laquelle elles sont employées et qui certifie qu'elles participent aux travaux.

(4) Chaque Etat contractant reprend à tout moment et sans formalités, conformément aux dispositions arrêtées d'un commun accord, les personnes qui se sont trouvées sur le territoire de l'autre Etat en violation de la présente Convention.

Article 8 **Dispositions fiscales**

(1) En ce qui concerne les impôts indirects, y compris les droits d'entrée et la législation applicable en matière d'importation et d'exportation, le chantier et l'ouvrage sont considérés comme territoire allemand, pour autant qu'il s'agit de livraisons et d'importations de biens ainsi que d'autres prestations destinées à la construction du pont ou à son entretien conformément à l'article 6.

(2) Lors de l'importation en République fédérale d'Allemagne de marchandises provenant de la libre circulation au Grand-Duché de Luxembourg, la taxe sur la valeur ajoutée due à l'importation n'est pas perçue, pour autant que les marchandises sont affectées à la construction ou à l'entretien du pont. Cette disposition est applicable dès le début de la construction. Aucune garantie n'est exigée. La première phrase de cet alinéa n'est pas applicable lors de l'importation de marchandises destinées aux administrations des travaux publics.

(3) Les marchandises nécessaires à la construction ou à l'entretien du pont ne sont soumises à aucune interdiction ni restriction lors de l'importation et de l'exportation.

(4) Dans le cadre des dispositions des alinéas (1) à (3), les administrations fiscales et douanières compétentes se concertent et se prêtent mutuellement toute assistance nécessaire lors de l'application de leurs prescriptions légales et administratives. Les fonctionnaires allemands de ces administrations sont autorisés à séjourner sur l'ensemble du chantier et de l'ouvrage et à y prendre les mesures prévues par les prescriptions légales et administratives allemandes. Les autorités allemandes ne sont cependant pas autorisées à arrêter des ressortissants luxembourgeois sur le territoire du Grand-Duché de Luxembourg.

(5) La présente Convention ne porte pas atteinte à la Convention du 23 août 1958 tendant à éviter les doubles impositions et à établir des règles d'assistance administrative réciproque en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune et en matière d'impôt commercial et d'impôt foncier ainsi qu'au Protocole complémentaire du 15 juin 1973 portant modification de la Convention du 23 août 1958.

Article 9 **Commission technique**

(1) Une Commission technique germano-luxembourgeoise est instituée. Les chefs de délégation en assument à tour de

Delegationsleiter abwechselnd für jeweils sechs Monate. Die Beschlüsse der Kommission werden im gegenseitigen Einvernehmen gefaßt.

(2) Die Kommission hat die Aufgabe, den Vertragsstaaten Empfehlungen zu unterbreiten zur

- a) Festlegung des Standorts, der Hauptmaße und der Gestaltung der Brücke,
- b) Feststellung des Umfangs der gemeinsamen Arbeiten,
- c) Prüfung des Entwurfs und des Vergabevorschlags,
- d) Einigung über Zahlungen und Zahlungsmodalitäten,
- e) Abnahme des Bauwerks,
- f) Kostenteilung,
- g) Übergabe und Übernahme der Brücke,
- h) Auslegung oder Anwendung des Abkommens bei Streitigkeiten.

(3) Jede Delegation in der Kommission kann sich von den zuständigen Verwaltungen des anderen Vertragsstaats die Unterlagen vorlegen lassen, die sie für notwendig erachtet, um die Beschlüsse der Kommission vorzubereiten.

Artikel 10 Schiedsverfahren

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die Vertragsstaaten gütlich beigelegt. Jeder Vertragsstaat kann zu diesem Zweck die Technische Kommission um Stellungnahme bitten.

(2) Kann eine Streitigkeit nicht gütlich beigelegt werden, so wird sie auf Antrag eines Vertragsstaats einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragsstaat einen Schiedsrichter bestellt. Die beiden so bestellten Schiedsrichter ernennen einen Obmann, der weder die deutsche noch die luxemburgische Staatsangehörigkeit besitzt.

(4) Sind die Schiedsrichter und der Obmann nicht binnen zwei Monaten seit der Antragstellung nach Absatz 2 bestellt worden, so kann jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

Ist der Präsident des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften verhindert oder besitzt er die deutsche oder luxemburgische Staatsangehörigkeit, so wird der dienstälteste Kammerpräsident gebeten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für die Vertragsstaaten bindend.

(6) Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten für den von ihm bestellten Schiedsrichter. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst.

Artikel 11 Berlin-Klausel

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Großherzogtums Luxemburg innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

rôle la présidence tous les six mois. Les décisions de la Commission sont prises d'un commun accord.

(2) La Commission a pour attribution de soumettre aux Etats contractants des recommandations concernant:

- a) l'implantation ainsi que la détermination des dimensions principales et de la structure du pont,
- b) la détermination de l'envergure des travaux communs,
- c) l'examen du projet et de la proposition d'adjudication,
- d) l'accord sur les paiements et les modalités y relatives,
- e) la réception de l'ouvrage,
- f) la répartition des frais,
- g) la remise et l'acceptation du pont,
- h) l'interprétation et l'application de la Convention en cas de litiges.

(3) Chaque délégation de la Commission a le droit de se faire présenter par les administrations compétentes de l'autre Etat contractant les documents qu'elle estime nécessaires pour préparer les décisions de la Commission.

Article 10 Procédure d'arbitrage

(1) Les litiges relatifs à l'interprétation et à l'application de la présente Convention sont réglés, dans la mesure du possible, à l'amiable par les Etats contractants. A cette fin, chaque Etat contractant peut demander à la Commission technique de prendre position.

(2) Dans le cas où un litige ne peut pas être réglé à l'amiable, il est soumis à la demande d'un des Etats contractants à un tribunal arbitral.

(3) Le tribunal arbitral est constitué, de cas en cas, chaque Etat contractant désignant un arbitre. Les deux arbitres ainsi nommés désignent un tiers arbitre qui ne peut être de nationalité luxembourgeoise ou allemande.

(4) A défaut de désignation des arbitres et du tiers arbitre dans un délai de deux mois à partir de la requête formulée conformément à l'alinéa (2), chaque Etat contractant peut inviter le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes à procéder aux nominations requises.

Au cas où le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes est empêché ou s'il est de nationalité luxembourgeoise ou allemande, le Président de la Chambre le plus ancien en rang est invité à procéder aux nominations requises.

(5) Le tribunal arbitral décide à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires pour les Etats contractants.

(6) Chaque Etat contractant prend à charge les frais pour l'arbitre qu'il a nommé. Les frais pour le tiers arbitre ainsi que tous autres frais sont supportés, à parts égales, par les Etats contractants. Le tribunal arbitral règle lui-même sa procédure.

Article 11 Clause de Berlin

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Artikel 12
Ratifikation, Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben.

Geschehen zu Luxemburg am 31. Januar 1983 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 12
Ratification, Entrée en vigueur

(1) La présente Convention sera ratifiée. L'échange des instruments de ratification se fera à Bonn.

(2) La présente Convention entrera en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit l'échange des instruments de ratification.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Luxembourg, le 31 janvier 1983, en deux originaux en langues française et allemande, les deux textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pour la République fédérale d'Allemagne
G. Knackstedt

Für das Großherzogtum Luxemburg
Pour le Grand-Duché de Luxembourg
Flesch

Der Botschafter
Der Bundesrepublik Deutschland

Luxemburg, 31. Januar 1983

Exzellenz,

Anläßlich der heute erfolgten Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert habe ich die Ehre, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Regelungen entsprechend denen, die in Artikel 8 dieses Abkommens zugunsten der Bundesrepublik Deutschland vorgesehen sind, sollen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zugunsten des Großherzogtums Luxemburg für den Fall vorgesehen werden, daß ein vergleichbares grenzüberschreitendes Bauwerk errichtet wird und die Errichtung und Unterhaltung des Bauwerks dadurch erleichtert werden könnten. In diesem Fall würden die Regierungen der Vertragsstaaten sich rechtzeitig über die zu treffenden Maßnahmen verständigen; diese Verständigung würde in gut nachbarschaftlichem Geist und im Rahmen der gemeinsamen Verkehrsplanung vor sich gehen.

Falls sich die Regierung des Großherzogtums Luxemburg mit dem Vorstehenden einverstanden erklären kann, werden dieses von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland gebilligte Schreiben und Ihre Antwort als Bestandteil des Abkommens angesehen werden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

Knackstedt

An den
Großherzoglich-Luxemburgischen
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten
Frau Colette Flesch
Luxemburg

(Übersetzung)

Ministerium
der Auswärtigen Angelegenheiten

Ministère
des Affaires Étrangères

Luxemburg, 31. Januar 1983

Luxembourg, le 31 janvier 1983

Herr Botschafter,

ich beehre mich, den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, dessen Inhalt wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, daß die Regierung von Luxemburg mit den obigen Vorschlägen einverstanden ist.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die erneute Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

C. Flesch

Seiner Exzellenz
Herrn Günter Knackstedt
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland
Luxemburg

Monsieur l'Ambassadeur,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre en date d'aujourd'hui conçue dans les termes suivantes:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

J'ai l'honneur de vous confirmer que le Gouvernement luxembourgeois marque son accord sur ce qui précède.

Je saisis cette occasion, Monsieur l'Ambassadeur, pour renouveler à votre Excellence l'assurance de ma très haute considération.

C. Flesch

Son Excellence Monsieur Günter Knackstedt
Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire
de la République fédérale d'Allemagne
à Luxembourg

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Zur Verbesserung der gegenseitigen Straßenverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg ist am 31. Januar 1983 das Abkommen über den Bau und die Unterhaltung einer Grenzbrücke über die Sauer zwischen den Gemeinden Langsur und Mertert abgeschlossen worden. Durch den Bau der Straßenbrücke soll im Zuge der Straßenverbindung Koblenz–Trier–Luxemburg das luxemburgische Autobahnnetz mit dem deutschen Bundesfernstraßennetz verknüpft werden. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich 1986 abgeschlossen sein.

II. Besonderes

1. Zum Abkommen

Artikel 1 legt den Gegenstand des Abkommens, den Bau der Straßenbrücke über die Sauer zwischen Langsur und Mertert, fest.

Artikel 2 weist die Ausführung der für den Bau der Brücke notwendigen Arbeiten der Bundesrepublik Deutschland zu. Diese Arbeiten werden im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen vom Land Rheinland-Pfalz durchgeführt (Artikel 90 Abs. 2 des Grundgesetzes).

Artikel 3 teilt die Baukosten entsprechend dem Verhältnis der Längen der Brückenteile auf dem jeweiligen alleinigen Hoheitsgebiet zuzüglich der Hälfte der Länge der Brücke über dem gemeinschaftlichen Hoheitsgebiet zwischen den Vertragsstaaten auf.

Artikel 4 berücksichtigt, daß die Bundesrepublik Deutschland die Vorfinanzierung übernimmt, und regelt die Einzelheiten der Abrechnung und der Erstattung durch den anderen Vertragsstaat.

Artikel 5 verpflichtet die Vertragsstaaten zum rechtzeitigen Grunderwerb auf ihrem Hoheitsgebiet.

Artikel 6 regelt die Abnahme der Straßenbrücke und ihre Unterhaltung. Die Unterhaltung hat die Bundes-

republik Deutschland übernommen. An den Kosten der Unterhaltung beteiligt sich das Großherzogtum Luxemburg anteilmäßig entsprechend den Grundsätzen des Artikels 3. Die Unterhaltungsarbeiten werden vom Land Rheinland-Pfalz im Rahmen der Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen durchgeführt.

Artikel 7 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Beschäftigten der Vertragsstaaten und die anderen Personen, die am Bau oder an der Unterhaltung der Brücke beteiligt sind, die Grenze überschreiten und sich auf der Baustelle oder der Brücke aufhalten dürfen.

Artikel 8 ordnet die Baustelle und das Bauwerk dem Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zu. Dadurch wird hinsichtlich der indirekten Steuern eine einheitliche Behandlung und Abwicklung des grenzüberschreitenden Bauvorhabens ermöglicht. Für die direkten Steuern gilt das deutsch-luxemburgische Doppelbesteuerungsabkommen vom 23. August 1958 und das Ergänzungsprotokoll vom 15. Juni 1973 (BGBl. 1959 Teil II S. 1269; 1978 Teil II S. 109).

Artikel 9 dient der einverständlichen Vertragsabwicklung. In der Technischen Kommission sollen Vertreter beider Vertragsstaaten gemeinsam bestimmte nach dem Abkommen notwendige Maßnahmen und Entscheidungen vorbereiten.

Artikel 10 enthält die übliche Schiedsklausel.

Artikel 11 enthält die Berlin-Klausel.

Artikel 12 legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Abkommens nach Austausch der Ratifikationsurkunden fest.

2. Zum Briefwechsel

Der Briefwechsel enthält eine Gegenseitigkeitserklärung des Inhalts, daß die in Artikel 8 zugunsten der deutschen Seite getroffenen Regelungen beim Bau einer weiteren Grenzbrücke der luxemburgischen Seite einzuräumen sind, soweit dadurch Bau und Unterhaltung der Grenzbrücke erleichtert werden.